



Foto: Stephan Dünwald

Was erwartet abgeschobene Roma im Kosovo?

Die Menschen kommen dort an, haben kein Dach über dem Kopf und die in Deutschland aufgewachsenen und sozialisierten Kinder können kaum an schulischer Bildung teilhaben, da sie in der Regel kein albanisch sprechen. Sie werden abgeschoben in eine totale Perspektivlosigkeit, in ein Nichts. Zudem sind die Roma im Kosovo, aber auch in anderen Ländern, in die sie abgeschoben werden, zum Beispiel in Tschechien, rassistischer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. Sie werden beispielsweise auf offener Straße geschlagen, grundlos verhaftet oder es wird behauptet, das Elend, in dem sie leben, sei selbstverschuldet.

In welche Länder wird noch abgeschoben?

Es gibt im Grunde genommen kein Land, wohin sie nicht wieder abgeschoben werden. Vor allem sind das der Kosovo und Tschechien, aber auch nach Rumänien, Jugoslawi-

en und Bulgarien. Angeblich soll dort für Roma keine Gefahr mehr bestehen. Aber sie sitzen dort mit berechtigter Angst, denn es schert sich niemand darum, ob sie dort am Leben bleiben oder nicht.

Haben Sie Kontakte zu Roma, die abgeschoben worden sind?

Ja, im Kosovo, in Tschechien, aber auch mit den Roma in Italien, wo ihre Diskriminierung auch ziemlich grausam ist. Die Menschen sind dort in einem Lager zusammengepfercht, mit Stacheldrahtzaun, es darf niemand hinein und niemand hinaus. Es werden ihre Fingerabdrücke genommen. Teilweise erinnert es uns an das Dritte Reich. Verfolgung und Diskriminierung hat für Sinti und Roma nach dem Ende des Nationalsozialismus nicht aufgehört. Hier in der Bundesrepublik Deutschland werden die Menschen nicht erschlagen wie in anderen Ländern, aber sie sind immer noch Gefahren ausgesetzt. Die Diskriminierung ist im alltäglichen

Angewiesen auf die Hilfe der eigenen Leute

In Schleswig-Holstein leben über mehrere Städte verteilt knapp 3.000 Roma. In einigen Städten, insbesondere in Lübeck, schon seit Jahrzehnten als deutsche Staatsbürger. Wohl hunderte Roma-Flüchtlinge sind durch das Abschiebeabkommen zwischen der Bundesrepublik und dem Kosovo von der Abschiebung bedroht. Mit Matthäus Weiß, Vorsitzender des Landesverbandes der Deutschen Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, sprach Andrea Dallek über die Situation der Roma in Deutschland und im Kosovo.

Leben zu merken. Es werden Menschen verfolgt, einfach weil sie Roma sind. Es gibt zwar Antidiskriminierungsgesetze, aber ich habe das Gefühl, diese Gesetze gelten nicht für die Roma. Denn jedem Land, das die Roma abschiebt ist es egal, was mit den Abgeschobenen dort passiert. Das gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland.

Die zuständige oberste Landesbehörde in Schleswig-Holstein spricht von „nicht mehr als 30 ausreisepflichtigen Roma“, die gegebenenfalls von diesem Kosovo-Rücknahmeabkommen betroffen wären...

Das ist nicht ganz richtig. Es existiert eine hohe Dunkelziffer, da sich die, die keine Aufenthaltsgenehmigung oder Ähnliches besitzen, nicht melden können. Denn wenn sie sich ohne Papiere melden, werden sie entweder sofort verhaftet oder in ein Lager - sie müssen dort mit sieben, acht Personen in einem kleinen Raum leben - gesteckt, wo sie dann drei Monate, vier Monate, vielleicht ein hal-

bes Jahr bleiben müssen. Um das zu vermeiden, verschwinden die Menschen ohne Papiere von der Bildfläche. Trotzdem versuchen sie zu den Sinti und Roma, die hier schon länger leben, Kontakte herzustellen. Die Familien helfen sich untereinander. HelferInnen besorgen Essen oder vermitteln Unterkünfte. Auch mein Büro ist daran beteiligt. Roma ohne Papiere sind von Schleswig-Holstein weiter nach Frankfurt, Berlin, Düsseldorf, Köln oder Osnabrück gefahren, weil dort Familien wohnen, bei denen sie irgendwie unterkommen können. Viele wollen weiter nach Skandinavien, aber hier in Deutschland leben viele Sinti und Roma, hier existieren wichtige Unterstützungsstrukturen. So erhoffen sie sich natürlich, erstmal unterzukommen, vor allem die Wintermonate zu überbrücken und dann irgendwie weiterzukommen, ohne dass sie abgeschoben oder verhaftet werden. Die Roma sind einfach auf sich und die Hilfe ihrer eigenen Leute angewiesen, da von den Parteien und Poli-

tikerInnen nichts Konkretes unternommen wird. Ganz im Gegenteil: So ist beispielsweise die Aufnahme des Minderheitenstatus der Sinti und Roma in die Landesverfassung seit Jahren immer wieder abgelehnt worden. Auch die Flüchtlingsunterkunft in Neumünster ist ein treffendes Beispiel, dort leben die Insassen unter menschenunwürdigen Umständen. Sie sind auch schon deshalb oft total hilflos, weil sie kein Deutsch sprechen.

Wie sieht Ihre Tätigkeit für den Landesverband aus?

Seit eineinhalb Jahren reise ich beispielsweise nach Tschechien, in den Kosovo, nach Rumänien oder Jugoslawien und kläre die Roma vor Ort auf, was mit ihnen passiert, wenn sie herkommen und keine Papiere haben. Sie haben ja hier weder Unterkunft noch Essen oder sonst etwas. Dann überlegen sich die Leute natürlich, ob sie hier herkommen, ob sie sich hier verhaften lassen und dann von ihren Familien getrennt sind. Die meisten

warten ersteinmal ab, wie sich das hier weiter entwickelt und ob sie tatsächlich eine Chance haben in Schleswig-Holstein zu bleiben. In Italien habe ich beispielsweise von der Praxis sogenannter Schlepper erzählt: Sie schleusen sie hierher und saugen den Menschen ja den letzten Tropfen Blut aus. Sie schmeißen die Menschen irgendwo raus. Halb erfroren, nichts Vernünftiges mehr an, halb verhungert. Und dann muss man sehen, wie man die Leute unterbringt. Und das ist das, was ich zur Zeit tatsächlich mache. An manchen Tagen kann ich gar nicht mehr schlafen, weil ich Sachen machen muss, womit ich mich selber und meine eigene Familie in Schwierigkeiten bringe. Wir sind froh, dass unsere Arbeit finanziell gefördert wird. Bloß direkte Unterstützung bekommen wir kaum.<